

---

## Siedlungsverträgliche Grundwasserstände für Berlin sichern

---

Steigendes Grundwasser bedroht Bauen, Wohnen und Arbeiten in Berlin. Schon heute erreicht das Grundwasser historische Höchststände. Nasse Keller, defekte Infrastruktur und feuchte Bauwerke sind deshalb in vielen Teilen Berlins die Regel. Ohne eine aktive Regulierung wird das Grundwasser weiter steigen. Deshalb fordern die Unterzeichner die Berliner Abgeordneten auf, konkrete Maßnahmen für siedlungsverträgliche Grundwasserstände zu ergreifen.

### **Berlin steht das Grundwasser bis zum Hals**

Steigendes Grundwasser ist ein Problem mit gesamtstädtischer Bedeutung: Betroffen sind die Stadtgebiete entlang der Spree und der Havel, dem sogenannten Berliner Urstromtal, in den Bezirken Spandau, Reinickendorf, Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Neukölln, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick. Der Berliner Wohnungswirtschaft sind bis heute über Berlin verteilt rund 900 Gebäude mit ca. 19.000 Wohneinheiten bekannt, die unter zu hohem Grundwasser leiden. Industrie und Gewerbe sind ebenfalls betroffen: In einer Umfrage der IHK Berlin unter Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes haben mehr als 20 Prozent der Antwortenden ihre Betroffenheit bestätigt.

Das weiter steigende Grundwasser verursacht erhebliche Schäden, durch eindringendes Wasser in Kellern und Abwasserleitungen oder das Vernässen von Fundamenten. Eine örtlich begrenzte Grundwassersenkung oder bauliche Maßnahmen an Gebäuden sind nicht oder nur mit erheblichem finanziellen Aufwand realisierbar. Die Kosten für geeignete Abwehrmaßnahmen belaufen sich auf 500 bis 1.000 Euro pro m<sup>2</sup> Kellerfläche. Bei größeren Gewerbetrieben gehen die Sanierungskosten schon heute in Millionenhöhe.

Immobilien- und Wohnungswirtschaft, Grundstücksbesitzer sowie Bauherren stehen mit diesen Kosten bisher alleine da. Auch für Investoren ergeben sich erhebliche Unsicherheiten, denn die Prognosen zeigen weiter steigendes Grundwasser in Berlin. Dies mindert langfristig den Wert des Immobilienbestands, gefährdet Investitionen der Wirtschaft und verringert die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Berlins. Dieser Zustand wird sich deutlich verschlimmern, wenn keine grundwassersteuernden Maßnahmen ergriffen werden.

## **Die politischen Weichen müssen jetzt gestellt werden**

Obwohl die Gefahren des hohen Grundwasserstands seit langem bekannt sind, reicht der letzte Versuch einer politischen Lösung über ein Jahrzehnt zurück. Die Grundwassersteuerverordnung aus dem Jahr 2001 wird den aktuellen Anforderungen jedoch nicht mehr gerecht.

Die Unterzeichner stellen an die politischen Vertreter im Land Berlin folgende Mindestforderungen:

1. steigendes Grundwasser als stadtweites Problem anzuerkennen, das einer politischen Lösung bedarf;
2. den Senat zu beauftragen, ökologisch und wirtschaftlich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um siedlungsverträgliche Grundwasserstände zu gewährleisten;
3. dauerhafte Strukturen zu schaffen, die Senat und Abgeordneten technische, juristische und finanzielle Lösungen zur Bewältigung dieser Maßnahmen aufzeigen.

## **Erster Schritt: Einrichtung einer Grundwasserkonferenz**

Als konkreten nächsten und wichtigsten Schritt fordern die Unterzeichner vom Abgeordnetenhaus die Einrichtung einer Grundwasserkonferenz. Ihr sollen sachverständige Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik angehören, die geeignete Lösungswege für die Herstellung siedlungsverträglicher Grundwasserstände ausarbeiten. Die Grundwasserkonferenz muss neben der Ursachenklärung einen gangbaren Weg aufzeigen, um schnellstmöglich folgende Ziele zu erreichen:

### **1. Grundwasserentnahme steigern:**

Trotz massiver Kritik von Wirtschaft und Verbrauchern werden in Berlin hohe Tarife für Trinkwasser erhoben. Die Entnahme von Grundwasser wird durch hohe Entgelte behindert. Dies hat zu einer ökologisch und ökonomisch nachteiligen Grundwasserentnahme im Stadtgebiet geführt. Eine sinnvolle Lenkungswirkung kann die Politik über niedrigere Wasserpreise, eine degressive Tarifgestaltung sowie die Senkung oder Abschaffung des Grundwasserentnahmeentgeltes erreichen.

### **2. Grundwasserstände aktiv regulieren:**

In besonders betroffenen Gebieten des Berliner Urstromtals ist eine Grundwasserregulierung zur dauerhaften Absenkung des Grundwasserspiegels notwendig. Dafür kann ein Netz aus teilweise noch vorhandenen Anlagen wie Brunnen, Gräben oder Drainagen vorgehalten werden. Die Behörden können privaten Initiativen eigenständige Maßnahmen zur Grundwassersteuerung durch geeignete Unterstützung erleichtern. Auch andere unterstützende technische Möglichkeiten, wie die aktive Regulierung der Wasserstände in den Berliner Fließgewässern und Kanälen, müssen Beachtung finden.

### **3. Eigentümer entlasten:**

Eigentümer und Bauherren im Berliner Urstromtal tragen ein hohes finanzielles Risiko. Mit den Kosten für Grundwasserschäden und Abwehrmaßnahmen werden die Betroffenen bisher alleine gelassen. Die Politik muss in dieser Situation für die erforderliche Sicherheit sorgen. Dazu sollte Bauherren und Grundstücksbesitzern ein zu erwartender höchster Grundwasserstand mitgeteilt werden. Auch die Frage der Finanzierung von kleinräumigen und stadtweiten Abwehrmaßnahmen muss von der Politik geklärt werden. Für diese Fragen braucht Berlin einen geeigneten rechtlichen Rahmen. Um Unsicherheiten über die Durchführung von Maßnahmen sowie die Finanzierung von Maßnahmen zu begegnen, brauchen Eigentümer Ansprechpartner, die sie kompetent zu rechtlichen, technischen und finanziellen Fragen beraten.

## Die Unterzeichner



Dr. Marion Haß, Geschäftsführerin Innovation und Umwelt  
Industrie- und Handelskammer Berlin



Maren Kern, Vorstandsmitglied  
Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.



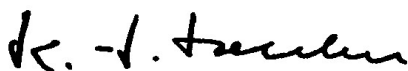
Peter Ohm, Präsident  
Verband Deutscher Grundstücksnutzer e. V. (VDGN)



Hiltrud Sprungala, Geschäftsführerin  
Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. Landesverband Berlin/ Brandenburg



Dr. Carsten Brückner, Vorsitzender  
Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine e.V.



Dr. Klaus-Joachim Henkel, Präsident  
Gemeinnütziger Verein zur Förderung und Pflege der städtischen und kommunalen Umwelt e.V. (VfU)